

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Verbesserungen im Asylrecht beschlossen

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer setzen wir eine Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Der Gesetzentwurf definiert die drei Balkanstaaten Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien, Bosnien und Herzegowina als „sichere Herkunftsstaaten“. Fast ein Viertel aller Asylanträge in Deutschland geht auf Bürger aus den genannten drei Staaten zurück, fast alle sind offenkundig unbegründet. Die Herkunft aus sichereren Herkunftsstaaten ermöglicht eine Beschleunigung von Asylverfahren und die Freisetzung von Bearbeitungskapazitäten für dringende Fälle. Dies wird auch zu einer deutlichen Entlastung der Kommunen von der Asylbewerberflut führen.

Zugleich verbessern wir den Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und geduldete Ausländer, der künftig nach drei Monaten möglich ist, damit diese Menschen schneller einen Beitrag zu ihrem Unterhalt leisten können. Wir erwarten, dass die Länder ihrer Verantwortung nachkommen und das zustimmungspflichtige Gesetz im Bundesrat rasch bestätigen. Hier sind insbesondere die Grünen in den Landesregierungen gefordert.

Sommerferien im Parlament und in NRW

Mit der nun endenden Sitzungswoche beginnt gleichzeitig mit den Sommerferien in Nordrhein-Westfalen die Sommerpause des Bundestages. In der zweiten Septemberwoche wird der Parlamentsbetrieb in Berlin wieder aufgenommen.



© Deutscher Bundestag / Fritz Reiss

Bis dahin wünsche ich Ihnen allen einen guten Start in die Sommerferien und erholsame Wochen mit viel Sonne und Entspannung.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Die deutsche Nationalmannschaft steht im Viertelfinale der Fußball-Weltmeisterschaft. Sie wirbt mit erfolgreichem Spiel für unser Land. Auf den Fanmeilen überall in Deutschland stehen Menschen aller Kulturen zusammen und feuern unser Team an. Fröhlicher Patriotismus und Sportbegeisterung gehen Hand in Hand. Die Flaggen aller Länder wehen friedlich nebeneinander. Und doch will jeder sein Team in diesem spannenden Wettbewerb vorne sehen.

Wie unsere Nationalmannschaft, so steht auch der Wirtschaftsstandort Deutschland im Wettbewerb mit der ganzen Welt. So wie auf dem Fußballplatz, müssen wir auch in der Wirtschaftswelt beweglich und modern bleiben, um an der Spitze spielen zu können. Dass Deutschland gut aufgestellt ist, liegt an der Leistungsbereitschaft unserer Menschen – und an einer vorausschauenden Politik, die mit Augenmaß berechnete Interessen zum Ausgleich führt.

Wir prägen die Politik der Großen Koalition: Mit einer außen- und europapolitisch klug agierenden Kanzlerin, mit der Durchsetzung der Mütterrente, mit der in dieser Woche zur ersten Lesung anstehenden Verbesserung der Pflegeversicherung, mit der Vermeidung von Steuererhöhungen und mit ausgeglichenen Haushalten ab 2015.

Unser Land steht gut da. Die Menschen sind so zufrieden wie schon lange nicht mehr. Die Große Koalition hat in ihren ersten Monaten dazu auch einen Beitrag geleistet. Die Koalition ist auf Kurs.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

**Mitglied des Deutschen Bundestages
für die StädteRegion Aachen**

Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes verabschiedet

Das Gesetz, das ich im Gesetzgebungsverfahren als Berichterstatter unserer Fraktion federführend betreut habe, sieht im Wesentlichen den Wegfall der Optionspflicht nur für Personen vor, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Junge Deutsche, die mindestens acht Jahre vor Vollendung des 21. Lebensjahres in Deutschland verbracht oder sechs Jahre eine Schule im Inland besucht bzw. im Inland einen Schul- oder Ausbildungsabschluss erreicht haben, können die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern neben der deutschen Staatsangehörigkeit behalten.



© Deutscher Bundestag / Achim Meide

Damit setzen wir eine entsprechende Vereinbarung im Koalitionsvertrag um. Die Regelung ist auch integrationspolitisch sinnvoll, da etwa Kinder, die in jungen Jahren Deutschland verlassen, sich weiterhin für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen. Die doppelte Staatsangehörigkeit muss auch deshalb die Ausnahme bleiben, weil ein klares Bekenntnis zu Deutschland Parallelgesellschaften verhindern hilft. Eine generelle doppelte Staatsangehörigkeit würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Integration führen.

Untersuchungsausschuss zum Fall Edathy

In der hinter uns liegenden Woche hat sich im Bundestag der Untersuchungsausschuss zum Fall um den früheren Bundestagsabgeordneten Sebastian Edathy von der SPD auf Antrag der Oppositionsfraktionen konstituiert. Ich werde diesem Gremium als eines von acht Mitgliedern angehören.

Meine Kollegen der CDU/CSU-Fraktion und ich denken, dass die wesentlichen Fragen bereits im Innenausschuss aufgeklärt worden sind. Gleichwohl werden wir intensiv an der Aufklärung der durch die Affäre um den SPD-Abgeordneten Edathy ausgelösten Fragen mitarbeiten.

Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob es im Bundeskriminalamt im Rahmen der Ermittlungen zu den aus Kanada stammenden Daten über den Erwerb und Besitz von Kinder- und Jugendpornographie in Deutschland zu Verfehlungen kam. Ebenfalls sollen wir das Informationshandeln und die Datenweitergabe zum Fall Edathy innerhalb von Teilen der Bundesregierung, an und durch andere Behörden sowie Dritte weiter aufklären.

Reallöhne in Deutschland steigen

Wie aus kürzlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen hervorgeht, sind die Reallöhne in Deutschland vom ersten Quartal 2013 bis zum ersten Quartal 2014 um 1,3 Prozent gestiegen. Dies ist der höchste Reallohnanstieg seit dem zweiten Quartal 2011. Um 2,6 Prozent höhere Nominallöhne sowie die geringe Inflationsrate von 1,2 Prozent trugen zur Reallohnsteigerung bei.

Besonders hohe Nominallohnzuwächse verzeichneten die Bauwirtschaft, das Gastgewerbe und die Kommunikationsbranche mit jeweils über vier Prozent. Im Jahr 2013 verdienten Voll- und Teilzeitbeschäftigte (ohne geringfügig Beschäftigte) in Deutschland pro Stunde ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 19,65 Euro brutto.

Impressum:

Ausgabe Nr.: 13/14

4. Juli 2014

Helmut Brandt MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 / 227-71472

Fax: 030 / 227-76471

E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:

Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf

Tel.: 02404/557830

Fax: 02404/673445

E-Mail: helmut.brandt@wk.bundestag.deInternet: helmut-brandt.de[facebook.com/mdb.helmut.brandt](https://www.facebook.com/mdb.helmut.brandt)